

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1914**

147 (29.6.1914) Erstes Blatt

# Volkshfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnementspreis: Zugestellt monatl. 75 Pf., vierteljährl. 2,25 M.; abgeholt monatl. 65 Pf.; am Posthalter 2,10 M., durch den Briefträger 2,52 M. vierteljährlich.

Geschäftsstunden: 7 bis abends 7 Uhr. Postfachkonto Nr. 2650. Telefon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Inserate: Die 6spaltige, II. Zeile, oder deren Raum 20 Pf. Lokalinserate billiger. Schluß d. Inseratenannahme 10 Uhr vorm., für größere Inserate am Nachmittag zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Geß & Cie., Karlsruhe.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten.

### Ein Mißtrauensvotum gegen Herrn Dr. Böhm.

In der gestrigen Landtagsitzung wurde endlich die Lehramtspraktikanteninterpellation behandelt. Von allen Seiten des Hauses wurde die plötzliche Entlassung von 51 Lehramtspraktikanten lebhaft kritisiert und insbesondere dem Minister der Vorwurf gemacht, daß er rechtzeitig dieser Entwicklung hätte vorbeugen müssen. In entschiedener Weise wandte sich Genosse Dr. Frank gegen das rigorose Verhalten des Unterrichtsministers, indem er namens der sozialdemokratischen Fraktion einen Antrag einbrachte, der aussprach, daß die Kammer die Auffassung der Regierung in dieser Frage nicht teilt. Unterrichtsminister Dr. Böhm wandte sich lebhaft gegen den Antrag Dr. Frank, den er als ein Mißtrauensvotum bezeichnete. Es half jedoch nichts. Mit 23 Stimmen der Sozialdemokraten, eines Teils des Zentrums, eines Teils der Konservativen, und der Fortschrittler wurde der Antrag Frank gegen 22 Stimmen der Nationalliberalen, eines Teils der Konservativen, eines Teils des Zentrums und des Fortschrittlers Summels angenommen.

Die Frage des Genossen Dr. Frank, wer dies mal gesiegt habe, ließ Herr Dr. Böhm unbeantwortet. Jedenfalls bedeutet diese Abstimmung, die der Minister selbst als ein Mißtrauensvotum bezeichnete, eine schwere Niederlage Böhms.

#### 100. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer.

gr. Karlsruhe, 27. Juni.

Anlässlich der 100. Sitzung schmückten den Präsidententisch ein prächtiger Blumenstrauß.

Präsident Mohrhaupt eröffnet die Sitzung um 9,35 Uhr und dankt für den Blumenstrauß, indem er darauf hinweist, daß dieser gleich ein Abschiedsgruß ist, indem das Haus sich in den nächsten Tagen der langersehnten Ruhe hingeben kann.

Am Regierungstisch: Minister Dr. Böhm und Kommissäre.

#### Interpellation über die Lage der Lehramtspraktikanten.

Abg. Dr. Blum (Nat.) begründet folgende Interpellation Dr. Blum (Nat.), Geiß (Soz.), Hummel (Fortschr.), Dr. Bertz (Zentr.) und Banschbach (Konf.):

„Durch die Entlassung einer Anzahl von Lehramtspraktikanten ist in den Kreisen der Betroffenen und deren Eltern eine schwere Sorge entstanden. Was bedeutet die Großregierung zu tun, um dem dadurch hervorgerufenen Notstand nach Möglichkeit abzuhelfen?“

Der Redner geht zunächst auf die Lage der Lehramtspraktikanten ein. Die Maßnahme, daß einer Reihe Lehramtspraktikanten die Uebernahme in den Schuldienst verweigert wurde, hat nicht nur bei diesen, sondern in weiten Kreisen Aufregung verursacht. Die Petition der Lehramtspraktikanten weist darauf hin, daß die Regierung die jetzige Lage selbst verschuldet hat. Die Regierung hält eine weitere Verwendung der Lehramtspraktikanten für unmöglich. Wollte man sämtliche Anwärter im beschriebenen Schuldienst verwenden, so müßten die letzten 16 Jahre warten, bis sie eine feste Anstellung fänden. Die große Regierung hält es daher für zweckmäßig, die tüchtigsten Anwärter für Waden zu erhalten. Gegen diesen Standpunkt läßt sich wenig einwenden. Im Interesse der Schule mußte man daher einen operativen Eingriff vornehmen. Doch hätte sich hier ein anderes Verfahren einschlagen lassen. Denn es ist schwierig, ein objektives Bild von den pädagogischen Tätigkeiten zu erhalten. Statt jetzt auf einmal, hätte man schon vor 5 oder 6 Jahren Warnungen erteilen sollen. Es ist wohl zu beachten, daß die Ueberfüllung zusammenhängt mit dem Andrang zum Studium überhaupt. Daß ein Rückschlag mit solcher Wucht eintreten würde, erwartete niemand. Es ist klar, daß die Maßnahme der Regierung nicht ohne Härte abgehen konnte. Man sollte den noch Wartenden mitteilen, ob und wann sie überhaupt Aussicht auf Anstellung haben. Außerdem sollten jährliche Tabellen über die Möglichkeiten erscheinen. Es muß Klarheit über die Aussichten geschaffen werden. Zusammenfassend bittet der Redner um Mitteilung, welche Gesichtspunkte bei der neuen Maßnahme bzw. bei der Auswahl maßgebend waren.

Minister Dr. Böhm: Die Lage der Lehramtspraktikanten erfüllte mich schon seit langem mit Besorgnis. Seit einigen Jahren war ersichtlich, daß Waden die zahlreich vorhandenen Praktikanten nicht mehr verwenden konnte. Bereits seit einigen Jahren wurde das Verzeichnis des Bedarfs aufgenommen. Wir mußten daher zu dem Gedanken kommen, eine sorgfältige Auswertung zu treffen. Als zu Anfang die Aussichten des Lehrerberufs sehr gut wurden, trat ein rapider Zubrang ein. Die Gleichberechtigung der höheren Lehramtsstellen mag auch mitschuld sein, wenn auch nicht an erster Stelle. Vom rechtlichen Standpunkt aus kann nicht die Rede davon sein, daß wir unrecht verfahren. Denn die Besetzung der Staatsstellen richtet sich nach dem Bedürfnis, wobei noch maßgebend ist die Examennote und das Bedürfnis. Schon jetzt ist durch die Ueberfüllung die Lage eine derartige geworden, daß eine gewisse Unruhe in die Schule kam, die hierdurch leidet. Es ist uns unmöglich, die jungen Praktikanten auch nur einigermaßen zu beschäftigen. Hierunter leidet die Ausbildung und die jungen Leute werden unfroh. Es ist zugegeben, daß in der Maßnahme eine gewisse Härte liegt. Liegt jedoch nicht auch eine Härte für jene vor, die in den Schuldienst übernommen würden. Wenn man alle übernommen hätte, müßten jene ausbleiben, die nicht genügend Geld haben, zu warten. Bei der Auswahl sind wir verfahren nach dem System und nach der Bewährung. Wir haben

uns nicht allein von der Prüfung leiten lassen, wie die Petition der Lehramtspraktikanten behauptet. Jede einzelne Entscheidung wurde nach genauer Prüfung vorgenommen. Es ist nicht richtig, daß ich erst dann vorging, nachdem das Budget der höheren Lehramtsstellen erledigt war. Ich möchte mich gegen die Behauptung wehren, daß die Verhandlungen in diesem Hause maßgebend für die Maßnahme waren. Ich bin allerdings machtlos dagegen, wenn ein Direktor dem Kandidaten mit mehr oder weniger Wohlwollen gegenübersteht. Wir haben jedoch genügend Material zur Prüfung. Es ist aus der Luft gegriffen, daß die Liste der betroffenen Kandidaten schon im Januar vorlag. Auch in der Anstellung von Professoren sind wir nicht so frei, als gemeint wird. Hier kommen noch die Städte in Betracht. Was die Frage betrifft, wie wir die Lage der Betroffenen mildern können, so sind wir mit dem Ministerium des Innern in Verbindung getreten wegen Uebernahme in den Handels- und Gewerbelehramtsdienst. Hier werden sicherlich viele untergebracht werden. Auch haben wir uns bemüht, Leute im Handelsstand unterzubringen. Auch um Vermittlung von Hauslehrerstellen haben wir uns bemüht. Eine andersartige Regelung des Probejahres ist unmöglich. Bezüglich des nächsten Jahres sind wir in der üblen Lage, daß gar kein Bedarf mehr vorhanden ist. Einzelne werden wir zwar übernehmen müssen, alle anderen jedoch nicht. Die Zurückweisung hat daher in diesem Jahre den Höhepunkt nicht erreicht. Der einzige Fehler, den wir vielleicht machten, ist der, daß wir nicht schon früher rationaler vorgingen. Schon seit langem wurde in allen Unterrichtsdebatten betont, daß der Beruf überfüllt ist. Eine Warnung konnten wir nicht übernehmen, da wir den Zugang zum Gelehrtenberuf nicht bestimmen können. Man kann uns den Vorwurf nicht machen, daß wir die Kalamität verursacht haben, indem wir keine Warnung erteilten. Alle akademischen Berufe sind überfüllt. Heute ist es der Lehramtspraktikantenberuf, ein andermal ein anderer. Die Maßnahme war nötig im Interesse der Schule, die wir höher stellt, als das persönliche Interesse.

Abg. Dr. Wirth (Zentr.): In der Interpellation der Lehramtspraktikanten stehen allerdings scharfe Worte. Ich glaube nicht, daß die Regierung veranlaßt wurde, durch diese Interpellation etwas zu unterlassen. Es gab auch schon entlassene Staatsminister, die in ihren Memoiren scharfe Worte gebrauchten. Man muß doch fragen, ob die Aussprüche der Entlassung nötig war. Denn die anderen Bundesstaaten werden sich fragen, dazu sind wir nicht da, um entlassene Praktikanten aufzunehmen. Man hätte den Leuten einen unbefristeten Urlaub gewähren sollen. Dann hätten sie leichter ein Fortkommen gefunden. Auch die anderen Bundesstaaten haben einen Ueberfluß an Lehrkräften. Bedauern muß ich allerdings die Energielosigkeit, die in den Briefen der betroffenen Lehramtspraktikanten zum Ausdruck kommt. Wenn die arbeitslosen Arbeiter eine solche geringe Lebensenergie hätten, müßte die Welt in Trümmer gehen. Diese Mitleidigkeit ist zu bedauern. Ein Gewaltakt liegt zweifellos vor; der Minister konnte jedoch nicht anders handeln. Die Regierung sollte sehen, die Leute auch im geologischen Dienst usw. unterzubringen. Ich möchte anfragen, ob es richtig ist, daß Leute entlassen wurden mit der Note gut und einem guten Probejahr. Dies wäre eine empfindliche Schwächung. Das naturwissenschaftliche Examen sollte an der Universität abgenommen werden und nicht in Karlsruhe. Auch die Ueberwachung des Examen sollte eine andere sein. In dem Moment, in dem männliche Lehrkräfte zurückgewiesen werden, sollten für die weiblichen Lehrkräfte keine Ausnahmen geschaffen werden. Die Lebensinteressen der männlichen Praktikanten dürfen nicht durch die besondere Behandlung der weiblichen Lehrkräfte gerührt werden. Bei den Lehramtspraktikanten befinden sich auch verhängnisvolle Irrtümer, indem sich z. B. ein Zurückgewiesener sich darauf bezieht, daß er sich für den Sport betätigt und Pfadfinderführer war. Dies ist allerdings kein Grund, daß jemand das Studium vernachlässigt, um Sporttische zu werden. Auch eine Einweisung als Volksschullehrer sollte ins Auge gefaßt werden.

Präsident Mohrhaupt teilt mit, daß ein Antrag Dr. Bertz (Zentr.), Dr. Frank (Soz.) u. Gen. einging, daß die Praktikanten, die sich im Probejahr bewährt haben, als Handelsgewerbe- oder Volksschullehrer eingestellt werden. — Weiter ging ein Antrag Dr. Frank u. Gen. ein, der eine Abstimung darüber verlangt: die Behandlung dieser Frage durch die Regierung entspricht nicht der Anschauung der Kammer.

#### Abg. Dr. Frank (Soz.):

Ich will nicht auf die verschiedenen Fragen eingehen, die der Vorredner anschnitt, da wir im Interesse des Landes auch die anderen Fragen in der kurzen Zeit, die uns noch zur Verfügung steht, behandeln wollen. Der Minister wies den Vorwurf zurück, daß ihm bei Behandlung seines Budgets die Antwort der Direktoren noch ausstand, daß er also dann die Mitteilung noch nicht machen konnte. Ich habe

#### nach selten eine weniger geschickte Verteidigung

gehört. Der Minister hätte bei der damaligen Beratung erklären müssen, daß er 60 Leute entlassen würde. Dies tat er nicht. Ich muß ihm also den Vorwurf machen, daß er bei der Beratung seines Budgets dieses nicht sagte. Denn dann wäre die Frage anders geregelt worden. Auch muß ich dem Minister vorwerfen, weil er nicht früher schon eine Warnung erteilte. Viele Leute wurden zum Studium veranlaßt und jetzt sitzen sie stellunglos da. Vor einigen Jahren erklärte der Minister, daß die Leute 2-3 Jahre volontieren müssen und jetzt gebraucht er diese Maßregel. Wir müssen von der Regierung eine genügende Weisung verlangen, daß nicht erst die jungen Leute in den Beruf hineingehetzt werden und dann ist kein Platz für sie da. Eine gewisse Regulierung des akademischen Studiums ist notwendig. Der Regierung müssen über ihr Verhalten Vorwürfe gemacht werden. Die Pflicht des Ministers wäre es gewesen, die Leute rechtzeitig zu warnen. Wenn zu Beginn des Studiums die Mitteilung gemacht worden wäre, so wäre wenig zu sagen. Ich kann mich der Charakterisierung des Vorgangs als

#### Gewaltakt

nur anschließen. Auch die Art der Auswahl ist sonderbar. Ein Kandidat hatte im Examen die Note gut, im Probejahr die

Note gut; er wurde hinausgeschmissen. Ein anderer hatte die gleiche Note. Er wurde im Dienste belassen. Warum? Man zog die Abituriennoten hinein. Dieses Verfahren ist zurückzuweisen. Es hat mancher ein gutes Abiturientenzugnis und wurde später ein kompletter Gelehrter. Dieses Verfahren ist daher nicht richtig. Auch die Staatsangehörigkeit wurde in Betracht gezogen. Dieser Grund hat ja eine gewisse Berechtigung; er darf jedoch nicht formaljuristisch übertragen werden. So wurde die Staatsangehörigkeit bei einem Kandidaten beigegeben, der seit seiner Kindheit in Baden ist und dessen Vater nur zufällig die badische Staatsangehörigkeit nicht besaß. Dieser Standpunkt ist auch verhängnisvoll und hat Konsequenzen für die anderen Bundesstaaten uns gegenüber. Ich unterstelle die Ansicht, daß man die Ausgeschiedenen so weit als möglich verwenden sollte, wie dies ein Antrag will, als Handelslehrer und Volksschullehrer. Dann aber muß die Kammer auch aussprechen, daß sie mit dieser improvisierten Behandlung der Frage durch die Regierung

#### nicht einverstanden

ist, wie dies unser Antrag erklärt wissen will. Denn es ist ein entsetzliches Unglück sowohl für die Praktikanten wie für die Eltern, wenn sie jetzt in eine befristete Notlage kommen. In diesem Sinne ist unser Antrag gestellt, um festzuhalten, daß unsere Auffassung von der des Ministers abweicht. Ich bitte daher um Unterstützung unseres Antrags. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Hummel (F. Sp.): Die Sache kam nicht so überraschend, als Abg. Dr. Frank meinte, denn im Jahre 1913 lag bereits ein Erlaß vor. Die Form des jetzigen Vorgehens gefällt mir allerdings auch nicht. Es wäre besser gewesen, den Leuten eine gewisse Frist zu geben. Auch mir ist, wie Abg. Dr. Frank bereits erwähnte, bekannt geworden, daß in einem Falle bei der Staatszugehörigkeit zu weit gegangen wurde. Die Einbürgerberechtigung steht auch in engerem Zusammenhang mit dieser Frage. Die Praktikanten sollten durch diese Dinge nicht mutlos gemacht werden.

Abg. Rebmann (Nat.): Von keiner Partei wurde ein Einwand dagegen erhoben, daß dem Uebel auf diese Weise abgeholfen würde. Nur über die Art des Vorgehens bestehen Meinungsunterschiede. Durch die schärfste Kritik helfen wir den armen Leuten nicht. Die Warnungen gegen die Ueberfüllung des Studiums waren fruchtlos. Die Berufsfrage ist heute schwierig. Man sagt, die Leute sollen Handwerker werden. Ein Handwerker ohne Kapital muß jedoch heute Arbeiter bleiben. Die Regierung befand sich in einer Notlage. Der Vorwurf von unwürdiger Form unserer Prüfung ist zurückzuweisen. Ich bin mit Entschiedenheit gegen eine Verlegung der Prüfung an die Universitäten. Uns fehlt das Kolonialland, um die überflüssige Jugend unterzubringen.

Abg. Kopf (Zentr.): Ich bin nicht der Meinung, daß wir mit diesem Verhalten der großen Regierung grundsätzlich einverstanden sind, wie Abg. Rebmann meinte. Das Vorgehen der Regierung ist nicht zu rechtfertigen.

Abg. Banschbach (Konf.): Man sollte versuchen, die Leute als Hauslehrer zu verwenden. Den Antrag Dr. Frank werden wir nicht unterstützen, da er ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung darstellt.

Minister Dr. Böhm: Es war dies die härteste Maßnahme, seit ich Minister bin. Ich konnte in sachlichem Interesse jedoch nicht anders verfahren. Ich trage die Verantwortung für die Maßnahme. Es fehlte mir nicht der Mut, für die Maßnahme einzutreten. Ich erklärte schon am 27. April, daß es ohne Härte nicht abgehen werde. Wieviel Praktikanten in Frage kommen werden, wußte ich damals noch nicht. Auch in anderen Bundesstaaten werden Anlässe bezogen. Wir waren in der Form sehr mild und gaben 51 Herren das Zeugnis der Anstellungsfähigkeit, um ihnen eine Anstellung in anderen Ländern zu ermöglichen. Wenn jemand ein Zeugnis über die Notlage in Baden wünscht, so bin ich auf Wunsch bereit, dieses zu geben. Ich kann nicht zugeben, daß in unserem Vorgehen eine Ehrenkränkung liegt. Allseits ist der Akt als ein Gewaltakt bezeichnet worden. Dies gilt jedoch nur vom Standpunkt der Praktikanten, nicht für die Regierung. Die jetzige Situation war nicht gut für die Schule. Die sachlichen Interessen stehen höher als die persönlichen. Wenn ich alle aufnehmen würde und diese 10-12 Jahre warten müßten, wäre die Härte noch größer. Die aufgenommenen Damen hatten die Note gut und sehr gut. Durch die Damen werden keine männlichen Kandidaten verdrängt. Ich will ruhig und geduldig alle diese Vorwürfe auf mich nehmen. Ich werde jedoch gerne die Vorschläge ergreifen, die zur Besserung gemacht wurden. Bei der Uebernahme auf den Gewerbe- und Handelslehrerstand wird sicherlich ein Ueberkommen mit dem Ministerium des Innern zustandekommen. Das Mittel, die Lehrer für den Volksschullehrerstand zu übernehmen, kann ich nicht übernehmen. Wir können Lehramtspraktikanten ohne Seminar nicht für die Volksschule übernehmen, da die Volksschullehrer hierüber Hagen würden. Wenn man sieht, wie viele in den freien Berufen unterfordert in Not kommen, so sollte man meinen, daß die Praktikanten mehr Mut haben sollten. Einer schrieb mir, er wolle Selbstmord begehen, ein anderer wollte Sozialdemokrat werden. Ich bitte Sie, den Antrag Frank abzulehnen, da er

#### ein Mißtrauensvotum für den Minister

darstellt. Was den anderen Antrag betrifft, so habe ich gegen eine Uebernahme auf den Handelslehrer- und Gewerbelehrerstand nichts einzuwenden. Gegen eine Uebernahme auf den Volksschullehrerstand muß ich mich wenden.

Ueber den Antrag auf möglichste Verwendung der betroffenen Praktikanten als Handels-, Gewerbe- und Volksschullehrer wird am Montag abgestimmt.

Der Antrag Dr. Frank (Soz.) u. Gen. das Vorgehen der Regierung in dieser Sache entspricht nicht der Anschauung der Kammer — wird mit 23 Stimmen der Sozialdemokraten, der Fortschrittler mit Ausnahme Hummels, 8 Mitgliedern der Zentrumsfraktion und einem Teil der Konservativen angenommen. Dagegen stimmen die Nationalliberalen, ein Teil der Konservativen, ein Teil des Zentrums und der Fortschrittler Summel. — Abg. Dr. Frank ruft: Wer hat heute gesiegt?

Reform der höheren Schulen.

Abg. Schell (Zentr.) berichtet über die Petition der Realschulmänner und des Vereins für Schulreform...

Die Petition wird im Sinne der Kommission beschieden. Der Präsident schlägt Vertagung vor.

Petitionen.

Abg. Dr. Wagner (natl.) berichtet über die Petition der Vorsteherinnen des Fröbelseminars...

Abg. Nebmann (natl.): Der Staat muß sich in steigendem Maße des Kleinkinderschulwesens annehmen.

Abg. Kramer (Soz.):

Ich bitte um Annahme des Kommissionsantrags. Was den anderen Teil betrifft, so sind wir selbstverständlich dafür...

Abg. Kopf (Zentr.): Gegen eine Verstaatlichung des Kinderschulwesens müssen wir uns mit aller Kraft wehren.

Abg. Dr. Wirth (Zentr.): Der Beschluß der Kommission ist in seinen Konsequenzen nicht harmlos.

Minister Dr. Böhm: Das Fröbel-Institut in Mannheim kann sich ähnlichen Instituten Norddeutschlands anschließen.

Abg. Polb (Soz.):

schlägt vor, die Abstimmung über diese Petition zu vertagen, da wichtige neue Momente in die Debatte gebracht wurden.

Abg. Kopf (Zentr.) bittet, über die Petition zur Tagesordnung überzugehen.

Abg. Dr. Wagner (natl.) unterstützt den Vertagungsantrag. Es handelt sich hier um die Ausbildung der Kindergärtnerinnen.

Abg. Dr. Frank (Soz.):

Ich möchte den Vertagungsantrag nicht unterstützen. Wir sind für die Übernahme der Ausbildung der Kindergärtnerinnen durch den Staat.

Abg. Kopf (Zentr.) beantragt, die ganze Position von der heutigen Tagesordnung abzusehen.

Abg. Dr. Frank (Soz.)

stellt fest, daß bei der vom Abg. Schell vorgetragenen Petition über die Reform der höheren Schulen, seine Freunde einzelnen Teilen nicht im Sinne des Berichterstatters zugestimmt hätten.

Abg. Dr. Wirth (Zentr.) berichtet über die Petition des Vereins Frauenbildung - Frauenstudium um Verstärkung des weiblichen Einflusses an den höheren Unterrichtsanstalten...

Der Antrag wird angenommen. Abg. Dr. Wagner (natl.) berichtet über die Petition des Verbandes deutscher Kinderhorter...

Die Götter dürsten.

Roman aus der französischen Revolution.

Von Anatole France.

51 (Nachdr. verb.) (Fortsetzung.)

In den folgenden Tagen war das Gericht unausgesetzt mit Vernichtung der Föderalisten beschäftigt...

Jeden Morgen ging Gamelin in die Gerichtsschreibererei, um den Prozeß Maubel zu beschleunigen.

Der Vertreter des Staatsanwalts las sie, schnitt ein Gesicht und sagte zu Gamelin:

„Diese Beweisstücke sind nichts wert. Es steht nichts drin als leichtes Zeugnis...“

Endlich hatte Gamelin sein Ziel erreicht. Der junge Maubel erhielt seine Anklageschrift...

Die ständigen Besucher der Verhandlungen merkten dem Gericht von vornherein seine Befangenheit an.

Der Präsident fragte den Angeklagten, ob ihm die Gesetze gegen die Emigranten nicht bekannt seien.

„Ich kenne sie und habe sie befolgt,“ antwortete Maubel; „ich habe Frankreich mit vorchriftsmäßigen Pfaffen verlassen.“

Abg. Dr. Wagner (natl.) berichtet über die Petition des wirtschaftlichen Verbandes bildender Künstler...

Abg. Schell (Zentr.) berichtet über die Petition der Gemeinde Weichtersbühl...

Minister Dr. Böhm: Wir müssen uns gegen den Antrag wenden, da hier zu große finanzielle Ansprüche an den Staat gestellt werden.

Abg. Kopf (Zentr.): Ich kann dem Kommissionsantrag nicht zustimmen und bitte, die Petition nur zur Kenntnisnahme zu überweisen.

Der Antrag auf Kenntnisnahme wird angenommen. Eine Petition des Kunstgärtners Ludwig Lenk...

Die Petition des Hilfsdieners O. Steiert in Freiburg wird zur Kenntnisnahme überwiefen.

Nächste Sitzung: Dienstag vormittag 9 Uhr. Tagesordnung: Abstimmung über den Antrag bezüglich der Lage der Lehramtspraktikanten...

Schluß der Sitzung: 1/2 Uhr.

Nationalliberales Sommervergnügen.

Wenn es den Nationalliberalismus nicht gäbe, so müßte er erfunden werden, schon weil uns sonst in dieser warmen und ereignisarmen Sommerzeit der Stoff zu politischer Unterhaltung vollständig ausgehen würde.

Wir rechts her versucht man es bekanntlich bald mit dem Zunderbrot, bald mit der Reifische, die Nationalliberalen zu einer entschlossenen Stellungnahme zu bringen.

Diese Verzerrung des Wassermannschen Kontersfeis geht neuerdings selbst einem Manne zu weit, der dem rechten Flügel der Nationalliberalen angehört.

Ueber die Gründe seiner Reise nach England und seiner Heimkehr nach Frankreich gab er befriedigende Auskunft. Sein Gesicht war sympathisch; er hatte eine stolze, freimütige Miene...

Ueber diesen Punkt verweigerte Jacques Maubel jeden Aufschluß. Ja, auf die Verhaltung des Präsidenten, daß es im eigenen Vorteil des Angeklagten läge, Aufklärung zu geben, erwiderte er, man solle nicht immer seinem Vorteil nachgehen.

Gamelin wollte den Angeklagten nur eines Verbrechens überführen. Dreimal drang er in den Präsidenten, Maubel zu befragen, ob er sich über die Nelke äußern könnte...

Maubel antwortete, er hielt sich nicht für verpflichtet, auf eine Frage zu antworten, die die Justiz nicht interessierte, da man ja das Urteil, das in dieser Blume versteckt war, nicht gefunden hätte.

Die Geschworenen zogen sich ins Beratungszimmer zurück. Sie waren günstig gestimmt gegen diesen jungen Mann, dessen im Grunde unaufgeklärter Fall vor allem Verbrechen geheimnisse zu bergen schien.

„Wirkt man ihm seine Geburt vor? Auch ich hatte das Unglück als Aristokrat auf die Welt zu kommen.“

„Gedulde,“ entgegnete Gamelin, „aber du bist aus demselben Stand ausgestiegen, und er ist darin geblieben.“

Und er wickelte so aegen diesen Berichtwörter, diesen

dativen trügen die Schuld, daß der bürgerliche Zusammenbruch damals nicht zustande gekommen sei.

Es kann dahingestellt bleiben, ob es Herrn Schifferer wirklich um Herrn Wassermann zu tun ist, und ob er ihm vielleicht zu seinem 60. Geburtstag eine kleine Freude bereiten wollte...

Man muß es dem „Deutschen Kurier“ lassen, daß er sich redlich betreibt gegen den Einfluß der Fuhrmann-Clique anzukämpfen. Er will, um diesen Zweck zu erreichen, jetzt interessante Ausgrabungen aus der Wahlkampagne von 1907.

Die Sozialdemokratie, so sagte Herr Fuhrmann, werde durch die allmähliche politische Erziehung des Volkes überwunden werden. Nicht die Einschränkung, sondern der allmähliche weitere Ausbau der politischen Freiheiten sei die heutige Aufgabe des Politikers.

Es wird dem geistigen Leiter der Nationalliberalen nicht angenehm sein, an Dinge erinnert zu werden, die sieben Jahre zurück liegen. Aber müssen werden diese Ausgrabungen dem „Deutschen Kurier“ auch nicht viel.

Sendling von Pitt, diesen Komplizen Coburgs, der über Meer und Gebirge gezogen war, um der Freiheit Feinde zu machen; er verlangte so glühend die Verurteilung des Verräters, daß er den stieren Argwohn und die alte Strenge seiner Kollegen wadrief.

Einer von ihnen sagte zynisch: „Es gibt Dienste, die man sich unter Kollegen nicht abschlagen darf.“

Der Verurteilte nahm diesen Spruch mit lächelnden Gesicht entgegen. Seine Miene, die ruhig durch den Saal schweifte, drückte, als sie auf Gamelin fielen, unfähliche Verachtung aus.

Der Spruch fand keinerlei Beifall. Jacques Maubel ward ins Gefängnis zurückgeführt und schrieb vor der Hinrichtung, die nach am selben Abend bei Fackelschein stattfand, einen Brief:

(Fortsetzung folgt.)

Spielplan des Hoftheaters Karlsruhe.

- Dienstag, 30. Juni. 8. Vorst. auf. Ab. Ermäßigte Preise. „Carmen“, große Oper von A. v. Bizet. Anfang 1/2 Uhr, Ende 11 Uhr. ...

werde. Auf dem Aushängeschild der nationalliberalen Partei wird nach wie vor die mittlere Linie stehen, aber bei jedem Schritt, den sie tut, wird man merken, ein wie starkes Gewicht sie nach rechts hinüberzieht.

Deutsche Politik.

Steuerpolitik und Kapitalkonzentration.

Es ist schon oft darauf hingewiesen worden, daß die herrschende Steuerpolitik, insbesondere die Belastung bestimmter Berufsstände mit starken indirekten Steuern die Kapitalkonzentration begünstigt, d. h. zum Ruin der Kleinen und zur Bereicherung der Großen beiträgt. Das zeigt sich besonders bei jeder Steuererhöhung in der Zigarrenindustrie. Es verschwinden immer eine kleine Anzahl kleinerer und die kapitalkräftigen Großbetriebe werden mächtiger. Dieselbe Erscheinung zeigt sich jetzt bei der Zündholzfabrikation. In der „Bayerischen Staatsztg.“ liest man die folgende Zuschrift des „Vereins deutscher Feuerzweckfabrikanten und Interessenten E. V. Berlin“:

Daß es den Zündholzfabrikanten trotz der Einführung der Steuer nicht so schlecht geht, wie dies nach ihrer Propaganda für die Besteuerung der Feuerzeuge den Anschein haben möchte, dürfte aus dem Jahresbericht des auf diesem Gebiete ziemlich größten Unternehmens, und zwar der Aktiengesellschaft „Union“, Vereinigte Zündholz- und Wischfabriken Augsburg, für 1913 entnommen werden können. Das Unternehmen hat in 1913 637566 Mk. verdient gegenüber 514 131 Mk. in 1912 und konnte die von 1906 bis 1911 mit 9 Prozent ausgeschüttete Dividende im Jahre 1912 auf 10 und 1913 auf 12 1/2 Prozent erhöhen. Im Jahre 1913 betrug der Vortrag 75 000 Mk., 1914 294 566 Mk. Ein gleich großes Unternehmen, die „Deutsche Zündholz-Aktiengesellschaft in Lauenburg“, hat in 1913 den höchsten bisher überhaupt ausgewiesenen Geschäftsgewinn von 330 175 Mk. erzielt. In den Jahren vor Einführung der Streichholzsteuer betrug der Gewinn annähernd 185 000 Mk. pro Jahr und nur dieses Jahr, in dem die Streichholzsteuer eingeführt wurde, weist infolge der damals vorgenommenen Vorberbeitung einen annähernd großen Gewinn auf, und zwar in Höhe von 241 000 Mk.

Also hier die gleiche Erscheinung: nach dem Inkrafttreten der Zündholzsteuer brachen eine ganze Anzahl kleinerer Unternehmungen zusammen und die großen, die aus dem Zusammenbruch ihrer Konkurrenten noch Nutzen zogen, entwickelten sich trotz der Steuer so, daß die Dividende von Jahr zu Jahr steigen kann. Wenn die Steuererhebung nur den Zweck gehabt hätte, die Kapitalkonzentration zu fördern, sie hätte nicht besser eingerichtet werden können. Dabei ist aber die Regierung wie die bürgerliche Mehrheit des Reichstages beileibe nicht mittelstandsfeindlich.

Wer treibt Fleischwucher?

Die starke Spannung, die zur Zeit wieder einmal zwischen Vieh- und Fleischpreisen besteht, wird von der agrarischen Presse zum Beweis dafür ausgenutzt, daß die agrarische Wirtschaftspolitik an den hohen Fleischpreisen keine Schuld trage, sondern daß die Schuldigen an ganz anderen Stellen zu suchen seien. So polemisiert jetzt auch die „Kreuzzeitung“ gegen eine jüngst auf dem Viehhändlerkongress aufgestellte Behauptung, wonach es den Viehhändlern sehr schlecht gehen soll, indem sie ausführt:

„Sollte dieser Notzettel der Viehhändler berechtigte Unterlagen haben, dann würde damit nur der Beweis erbracht sein, daß die Millionengewinne, die sich aus dem gegenwärtigen großen Unterschied zwischen Vieh- und Fleischpreisen ergeben, ausschließlich von den Fleischhändlern eingekassiert würden. Wenn man aber die Fleischhändler in ihren Innungsversammlungen und auf ihren Tagungen hört, dann geht es auch ihnen eben schlecht. Auch sie wollen ihre Auskommen haben. Wo bleibt der Gewinn nun hängen? Entweder versuchen die Viehhändler die Öffentlichkeit irrezuführen, oder aber die Fleischhändler operieren mit falschen Angaben. Möglich ist auch, daß beide Teile die Sachlage verschleiern, um ihre Preispolitik ungehindert weiter betreiben zu können auf Kosten der breiten Volksmassen. So kann es aber nicht weitergehen. Es muß alles versucht werden, die gegenwärtigen unbilligen Zustände zu beseitigen.“

Das Interesse, das die „Kreuzzeitung“ auf einmal an der Lebenshaltung der breiten Massen einnimmt, ist einigermassen erstaunlich. Offenbar wird die Haltung des konservativen Blattes von der Absicht bestimmt, zu verhindern, daß der Unwille der Massen über die hohen Lebensmittelpreise der agrarischen Politik gefährlich wird. Aber was immer die Motive sein mögen, jedenfalls bleibt es nützlich, daß selbst das konservative Vieborg an das Bestehen unbilliger, der Massen schwer schädigenden Zustände auf dem Lebensmittelmarkt zugibt und Abhilfe fördert.

Abhilfe kann aber nur auf zwei Wegen geschaffen werden. Erstens einmal durch energische Förderung der Konsumgenossenschaften, die den kapitalistischen Zwischenhandel auszuschalten bestrebt sind, und zweitens durch ein energisches Eingreifen der Kommunen in die Verhältnisse des Marktes, am besten dadurch, daß die Gemeinden den Fleischverkauf selbst in die Hand nehmen. Die Konservativen müssen also ihre traditionelle Feindschaft gegen die Konsumvereine aufgeben und entschlossene kommunal-sozialistische werden, sonst bleibt ihr ganzes Gerede gegen die vertuernden Wirkungen des Zwischenhandels eitel Schaumgeschlößerei.

Die fällige Soldatenmißhandlung.

Mit sechs Wochen Arrest und Degradation wurde ein Unteroffizier eines Straburger Infanterieregiments vom dortigen Kriegsgericht wegen Soldatenmißhandlung bestraft. Auf dem Wege vom Schießplatz zur Kaserne blieb ein Soldat, der mit noch einem anderen Soldaten den schweren Patronenkasten zu tragen hatte, zurück. Da der erstere Soldat noch nicht ganz ausgeheilte Wunden an den Hüften hatte, konnte er nicht schnell genug gehen. Das sah dem Unteroffizier Döberner nicht und durch Tritte auf die verletzten Hüfte und Faustschläge auf den Rücken des armen Musketiers versuchte er, das Tempo zu beschleunigen. Der auf sich schon durch seine wieder ausgebrochenen Wunden ermattete Soldat bekam dann noch vom Unteroffizier den Patronenkasten auf seinen Tournister mit Sandfäden aufgeschlankt und mußte mit dieser Last Laufschrift machen. Nach einigen Schritten brach er bewußtlos zusammen. Als der Armee dann auf dem Boden lag, wurde er von dem Unteroffizier noch mit Fußtritten mißhandelt. Einige Bauerleute erwiderten den erschöpften Soldaten, so daß er

nach einiger Zeit den Heimweg antreten konnte. Kaum war aber der Unteroffizier mit dem Soldaten aus dem Gesichtsfeld der Bauern, fingen die Mißhandlungen von neuem an. Das Kriegsgericht verurteilte den Soldatenführer zu obiger Strafe. Die vom Beurteilten eingelegte Berufung wurde vom Oberkriegsgericht verworfen. Das Oberkriegsgericht bedauerte selber, daß der Gerichtsherr keine Berufung eingelegt habe, sonst hätte es eine höhere Strafe verhängt.

Das bayerische Postreservepatent

bildete auch am Donnerstag Gegenstand der Beratung in der bayerischen Kammer. Der Verkehrsminister v. Seidelstein nahm hierzu das Wort und stellte der bayerischen Post ein günstiges Zeugnis aus. Der bayerische Staat habe aus der Postverwaltung finanzielle Vorteile gezogen. Es wäre durchaus zweifelhaft, ob unter der Wirtschaft der Reichspost die jetzigen niedrigeren Telephongebühren bestehen bleiben würden. Die bayerische Post stehe hinter feiner deutscher Postverwaltung zurück. In mancher Hinsicht sei sie sogar beweglicher als die Reichspost, beispielsweise im Motor-Postbetrieb. Der Eigentümer Bayerns auf dem Gebiete der Post und des Telegraphen könne besser Rechnung getragen werden.

Im gleichen Atemzuge lehnte aber der Minister jede Neuerungen im Postverkehr ab, so die Ermäßigung des Weltpostportos, die ihm kaum tunlich ersähe; auch eine Erweiterung des Brieftelegraphenverkehrs könne er nicht in Aussicht stellen.

Darauf wurde in die Spezialberatung des Etats eingetreten und ein Antrag des Ausschusses angenommen, die Staatsregierung zu ersuchen, im Bundesrat erneut darauf hinzuwirken, daß mit tunlichster Beschleunigung eine Neuordnung der Fernsprechtarife herbeigeführt werde.

Das heftige Ordensgesetz angenommen.

Die Zweite heftige Kammer beendete am Freitag nach fünfjähriger Dauer die Debatte über die Novelle zum Ordensgesetz. Der nationalliberale Antrag, alle Schulfragen auszuscheiden, wurde abgelehnt. Angenommen wurde jedoch ein Antrag, nach dem die Vernehmung von professionellen Krankenpflegern unter der Voraussetzung gestattet wird, daß die vorhandenen Anstalten und Einrichtungen nicht genügen. Die Niederlassung des Ordens der Benefiktiner in Mainz wird gestattet. Das Gesetz wurde mit 33 gegen 18 Stimmen angenommen. Dagegen stimmten die Sozialdemokraten, die Hälfte der Freisinnigen, einige Nationalliberale und Bauernbündler. In einer Resolution erklärte dann noch die Kammer, daß durch die Zustimmung zu den Ausschlußanträgen keinerlei Festlegung wie Stellungnahme zu dem neuen Schulgesetz erfolgt. Es werden insbesondere die Fragen der Aufhebung der Beschränkung der konfessionellen Schulen und der Privatunterrichtsanstalten, der Vorbildung der Lehrerinnen usw. nach keiner Richtung berührt und entschieden. Weiter verlangte die Kammer von der Regierung, dem Landtage soll zu Beginn jedesmal eine Denkschrift über den Stand des Ordenswesens vorgelegt werden.

Das nationalliberal-fortschrittliche Landtagswahlabkommen in Baden.

Die Verhandlungen zwischen den beiden Instanzen über die letzten Differenzen der Wahlkreisverteilung sollen nunmehr soweit gediehen sein, daß die Möglichkeit eines Ausgleiches geschaffen ist.

Badische Politik.

Warum kam Wader auf den Index.

Die Indizierung Waders wird bekanntlich von der Zentrumspresse als die harmloseste Sache von der Welt hingestellt. So wie die Zentrumspresse aufbauen kann, kann sie sich auch dumm und einfältig stellen. Der „Beobachter“, z. B. behauptete, nur kleine „theologische Irrtümer“ in der Broschüre Waders seien beanstandet worden, keineswegs aber der ganze Inhalt derselben. Jetzt veröffentlicht aber der römische Mitarbeiter der „Tägl. Rundschau“ Auszüge aus der Anklageschrift, die in der „Unita cattolica“ wiedergegeben wird. An erster Stelle wird hier getadelt, daß Wader die Gewalt des Papstes und der Bischöfe widerrechtlich einzuschränken suche, um einer unerlaubten Ungebundenheit das Wort zu reden. Wader — heißt es da — bekämpft in sehr resoluter Weise die Zuständigkeit des Papstes und der Bischöfe, sich in die politische Haltung der deutschen Katholiken zu mischen, und er behauptet sogar, es sei unmöglich, das Amt eines Volksvertreters in Abhängigkeit von der geistlichen Autorität auszuüben. Die Anklage macht darauf aufmerksam, daß solche Grundzüge ungeheuerliche Folgen in der Praxis haben müßten. Die Leugnung des Einmischungsrechts der kirchlichen Autorität in politische Fragen wird von der Anklageschrift als der gefährlichste und verderblichste Irrtum Waders angesehen. Erschwerend wird jedoch empfunden, daß Wader die Zentrumsführer und Zentrumsabgeordneten aufgefordert, eventuell die Einmischung der kirchlichen Autoritäten einfach zu ignorieren. In dieser verlaulierten Aufforderung zum Ungehorsam gegenüber den Wünschen und Anleitungen der geistlichen Autorität erblickt die Anklageschrift eine große Gefahr und unkatholische Gesinnung, und zwar um so mehr, als Wader die Einmischung der geistlichen Behörde als einen Mißbrauch bezeichnet. Am Schlusse der Anklageschrift heißt es wörtlich:

1. Herr Kuratus Wader leugnet jedwede Abhängigkeit des katholischen Politikers, der katholischen politischen Organisationen von der geistlichen Autorität und spricht auch dieser Autorität das Recht ab, irgendwelche Verfassungsmäßigem dem katholischen Politiker und der katholischen Organisation für ihr politisches Verhalten zu erteilen. Diese Behauptung stellt aber gerade der Modernismus auf, dessen diesbezügliche Lehre Pius X. in der Enzyklika „Pasceat“ ausdrücklich verurteilt hat. Wader verstößt gleichfalls aus diesem Grunde gegen die Konfessionalkonkordation vom 9. November 1903 sowie gegen die Enzyklika Singulari quadam sowie gegen mehrere Enzykliken Leo's XIII.

2. Herr Kuratus Wader behauptet, ohne eine Einschränkung zu machen, daß der katholische Politiker die politische Vertretung des katholischen Volkes keine konfessionelle Politik machen kann. Eine solche Auf-

fassung fußt auf dem Irrtum, daß der katholische Politiker und die katholische Volksvertretung sich nicht an die von der Kirche proklamierten Prinzipien zu halten brauchen. Durch Auszüge aus der Enzyklika Leo's XIII. „Immortale Dei“ und der Generalkonferenz-Enzyklika Pius X. „Singulari quadam“ wird gezeigt, daß Waders Auffassung diesen päpstlichen Dokumenten widerspricht.

3. Dadurch, daß Kuratus Wader auch für die katholische Presse volle Unabhängigkeit verlangt, verstößt er gegen die Bestimmungen der Enzyklika „Pasceat“, welche den Bischöfen das Aufsichts- und Zensurrecht über diese Blätter übertragen und sogar einen eigenen geistlichen Zensor vorsehen.

4. Herr Kuratus Wader lehrt, daß es den katholischen Politikern erlaubt sei, sich auf dem Gebiete der Politik dem Gehorsam, den sie der geistlichen Autorität schulden, zu entziehen. Leo XIII. trägt in der Enzyklika „Sapientiae Christianae“ die entgegengesetzte Lehre vor.

5. Herr Kuratus Wader findet es berechtigt, daß der Staat den Katholiken die Ausübung des parlamentarischen Mandats verbiete, wenn die geistliche Behörde den katholischen Politikern Verhaltensmaßregeln erteilt. Eine solche Auffassung widerspricht der Lehre Leo's XIII. in der Enzyklika „Immortale Dei“.

Der Text dieser Anklageschrift ist also ein neuer Beweis, daß mit der Indizierung der Waderschen Rede nicht bloß einzelne Stellen dieser Rede, sondern die ganze Rede, die gesamte politisch-kirchliche Auffassung Herrn Waders, Herr Wader als Person und mit ihm die ganze Kölner Richtung des Zentrums getroffen und von der Kirche verdammt wird.

Zentrums-Jugendbewegung.

Man erinnert sich, welches Geschrei in den letzten Jahren erhoben wird, weil angeblich die proletarische Jugendbewegung sozialistischen Zielen zugeführt werden soll. Verschämt steck man sich hinter die Forderung, daß die Jugendbewegung nicht politisiert werden dürfe. Mit allen Mitteln, Politzeitschriften, Schule, Kirche etc. versucht man daher in letzter Zeit die proletarische Jugendbewegung zu erdrosseln. Wir haben schon verschiedentlich darauf hingewiesen, daß jener Vorwand, die Jugend vor der Politisierung zu bewahren, eitel Heuchelei ist, daß die bürgerlichen Parteien, Liberale und Zentrum, ganz ungeniert, versuchen, die Jugend für ihre Parteizwecke einzufangen; in Turnvereinen, Pfadfinderkorps, katholischen und evangelischen Jugendvereinen usw. Zum Teil ist man darüber gegnerischerseits mit schummelndem Stillschweigen hinweggegangen, zum Teil hat man unsere Behauptung direkt weggestritten. Jetzt hat aber am letzten Sonntag im Hotel „Nowak“ eine vom Zentrum veranstaltete Versammlung stattgefunden, die nach dem „Beobachter“ ausdrücklich „der Förderung und Ausgestaltung der politischen Jugendbewegung in der Zentrumspartei“ galt. Der Redner des Abends war Verbands-Sekretär Dr. Stadler. Nach dem Bericht des „Bad. Beobachters“ unterjuchte er die Frage, ob das Zentrum die Jugend brauche; er bejahte das und fuhr dann fort:

„Deshalb sollten die konfessionellen Jugendorganisationen mithelfen, daß die Jugend bald zur Zentrumspartei geführt wird, wo sie einen hohen Idealismus findet, wie in anderen Parteien nicht. Ist es nicht ein hoher Idealismus, für die Größe des Vaterlandes, für die Ideen des Christentums, für die wirtschaftliche Hebung der Stände, für den sozialistischen Charakter des Reiches? Das Zentrum hat eine ruhmreiche Vergangenheit und große Leistungen aufzuweisen; nicht früh genug kann die Jugend an den großen Führern der Partei begeistert werden, wie Baden in dem selbstlosen Parteiführer Geißl. Rat Wader einen Führer besitzt. (Lebhaftes Bravo!) Die katholische Jugend braucht also möglichst früh die Zentrumspartei.“

Es muß nun abgewartet werden, ob Minister Böhm ebenso gegen die Zentrumsjugendvereine vorgeht, wie gegen die Arbeiterjugend. Der rechtsliberale „Schwab. Merkur“ schreibt: „Man begreift wirklich nicht, wie das Zentrum einen solchen Mißgriff begehen konnte, denn es sollte doch vorher beachtet haben, daß die Politisierung der kath. Jugendvereine die gleichen Folgen haben muß, wie die politische Ausbeutung der sozialdem. Jugendbewegung für diese gehabt hat. Weitere Aufklärung ist zu erwarten.“

Wir werden da aber wahrscheinlich lange warten können. Die badische Regierung hat sich bereits derart preußische Mäuren angewöhnt, daß wir wirklich begierig sind, wie sie aus dieser Zwidmühle herauskommen will.

Also doch die unheilvolle Zollpolitik.

In seinem Bericht über die Petition des Badischen Bäckerverbandes um Abschaffung bezw. Einschränkung des zollfreien Grenzverkehrs mit Mehl- und Backwaren an der badisch-schweizerischen Grenze und die Proteste aus Konstanz, Grenzach, Emmendingen und Weil gegen diese Petition sagt der nationalliberale Abgeordnete Niederbühl:

„Als Ursache der Zunahme der zollfreien Einfuhr im kleinen Grenzverkehr wird angeführt: 1. der wesentliche Preisunterschied von Mehl und Brot. Der Preis für das Mehl ist in der Schweiz um 7-8 Pfg. und der für Mehl um 8-14 Pfg. billiger als in Baden; 2. soll die Qualität des Brotes in der Schweiz besser sein. Ähnlich soll es sich mit anderen Artikeln, wie Fleisch, Kaffee usw. verhalten.“

Die Ursache sind die Folgen unserer deutschen Zollpolitik, die im großen und ganzen einen wirtschaftlichen Aufschwung in unserem deutschen Vaterland herbeigeführt hat, dabei allerdings einige Verunstaltungen im Grenzgebiet schwer schädigt.“

Wenn das ein Rechtsnationalliberaler vom Schlage des Herrn Niederbühl zugibt, dann befindet sich die Sozialdemokratie mit ihren Anklagen gegen unsere Zollpolitik in guter Gesellschaft.

Behördlicher Kampf gegen die „Volksfürsorge“.

In Baden führen die Verwaltungsbehörden den ihnen wahrscheinlich zur Pflicht gemachten Kleinkrieg gegen die „Volksfürsorge“ ganz preußisch. Das nachstehende vertrauliche Zirkular, das der Freiburger „Volksmacht“ auf den Redaktionstisch flog, bestätigt dies. Es lautet: Großh. Bezirksamt Villingen.

Villingen, den 17. April 1914.  
An die Bürgermeister des Bezirks.  
Wir sehen einem alsbaldigen Bericht darüber entgegen, ob dortseits Wahrnehmungen gemacht wurden, oder sonst Anhaltspunkte dafür gegeben sind, daß die Volksfürsorge, Gewerkschafts-Genossenschaft, Verj.-A.-G. (Sitz Hamburg) im Bezirk Verbreitung findet, daß ihr insbesondere auch



28. Juni, eine...
gefallung des...
unter Dach...
die Schule be...
nd nötig, denn...
lich beschränkt...
ins jetzt...
wird die Wor...
ellstens wieder...
zu auswärtig...
Anstalt unend...

Stadt erwacht ein erheblicher Nutzen durch Geländeerparnis usw. Stadtb. Schneider vom Zentrum ging in jener Bürgerausschussung mit der gleichen Behauptung...

Vom Hoftheater. In außerordentlichen Blättern taucht die Meldung auf, daß der Intendant des Gr. Hoftheaters in Karlsruhe, Geh. Rat Dr. Wassermann, mit Ende dieser Spielzeit von der Leitung des Hoftheaters zurücktreten...

Fremdenverkehr. Im Monat Mai 1914 sind in Karlsruhe in Hotels und Gasthäusern 7672 Fremde (April 1914: 6306, Mai 1913: 7689) abgeklimmt...

Diorama im Stadtpark. Der Stadtrat hat vor kurzem beschlossen, für den Stadtpark ein Diorama, eine Schwarzweißmalerei (das von Lotman's-Verlag darstellend), anfertigen und in der Unterführung zwischen dem Stadtpark und dem Tiergarten einbauen zu lassen...

Blumenwettbewerb. Wie aus dem Anzeigenteil ersichtlich, veranstaltet der Gartenbauverein Karlsruhe auch in diesem Jahre wieder einen Wettbewerb für geschmackvolle Ausschmückung von Fenstern, Balkonen und dergleichen mit lebenden Pflanzen...

Weibliche Prägelpädagogik. In den meisten Fällen bei Uebergrößen des Zuchtungsrechts und großer Mißhandlung von Schülern handelt es sich um Lehrer, die es nicht fertig bringen, Kinder ohne das spanische Rohr zu erziehen...

29. Juni. Ueber eine...
Arbeiter...
einer...
von...
nung...
den...
die...
demokratie...
es ge...
Besuch...

Die Prägelpädagogik. In den meisten Fällen bei Uebergrößen des Zuchtungsrechts und großer Mißhandlung von Schülern handelt es sich um Lehrer, die es nicht fertig bringen, Kinder ohne das spanische Rohr zu erziehen...

1. Bad. Fürstengruppe für bildungsfähige Arbeiter, Ortsgruppe Karlsruhe. 1000 Mitglieder für das Residenz- und Metropoltheater stiftete in hantenswerter Weise Herr Rasper zum Beiten der Struppelfürjorge Ortsgruppe Karlsruhe...

Verhaftung. Die Kriminalpolizei aus Frankfurt verhaftete den in Leutchnereut bei Karlsruhe geborenen Jakob Linde, der in der Nacht zum 28. Juni in das Bureau der Firma Peter Straßheim einbrach und 180 Mk. aus dem Kassenschrank stahl...

Feuer in Dagland. Durch Explosion eines Motors geriet Samstag nachmittags um 2 Uhr ein Autoschuppen der Ziegelfabrik in Dagland in Brand...

Körperverletzung. Heute früh 2 Uhr wurde ein in der Markgrafenstraße wohnender Tagelöhner von zwei Kollegen durch Körperlich mißhandelt, daß diese, mit Häuten auf ihn...

einschlagen, ihn in die Höhe hoben und mit dem Kopfe auf die Straße warfen. Er mußte mit dem Krankenauto in bewußtlosen Zustände nach dem städtischen Krankenhaus verbracht werden.

Verschunden ist seit gestern früh ein auf der Insel Rappemörth beschäftigter Zigeleiarbeiter. Da dessen Kleider am Ufer des Altrheins gefunden wurden, ist anzunehmen, daß er beim Baden ertrunken ist.

Schwächeanfall. Am 27. ds. Mts. nachmittags erlitt ein in der Karlsruher wohnhafter 62jähriger Privatmann in der Schützenstraße einen Schwächeanfall, infolge dessen er zu Boden stürzte und sich eine starke Verletzung am Hinterkopf zuzog.

Veranstaltungen. Stadtpark-Konzert zu billigen Preisen. Nächsten Mittwoch, 1. Juli, abends 8 Uhr, findet im Stadtpark bei guter...

Erzherzog-Thronfolger Franz Ferdinand von Oesterreich und Gemahlin erschossen.

Serajewo, 28. Juni. Als der Erzherzog Franz Ferdinand mit seiner Gemahlin, der Herzogin von Hohenberg, heute durch die Straßen fuhr, gab ein Individuum aus nächster Nähe mehrere Pistolenschüsse auf sie ab. Beide wurden tödlich getroffen und verschieden nach wenigen Minuten.

Ueber die verbrecherische Tat liegen folgende Nachrichten vor: Serajewo, 28. Juni. Als der Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand mit seiner Gemahlin, der Herzogin von Hohenberg, sich heute vormittag zum Empfang ins Rathaus begab, wurde gegen das Automobil eine Bombe geschleudert, die der Erzherzog mit dem Arm zurückwarf...

Die Attentäter. Serajewo, 28. Juni. Der Attentäter Princip ist 19 Jahre alt. Bei seinem Verhör gab er an, er habe schon längere Zeit die Absicht gehabt, irgendeine höhere Persönlichkeit aus nationalistischen Motiven zu töten. Er habe eine Augenblick gezeugert, da sich auch die Herzogin in dem Wagen befand, dann aber rasch gefeuert. Er leugnet, Komplizen zu haben. Der 21jährige Typograph Cabrenovic zeigte beim Verhör ein zynisches Wesen. Auch er erklärte, keine Mitschuldigen zu haben. Nach dem Anschlag war er in den Fluch gebrungen, wurde jedoch von nachspringenden Wachleuten und Personen aus dem Publikum verhaftet.

Personalien der Ermordeten. Der ermordete Erzherzog Franz Ferdinand war als ältester Sohn des am 19. Mai 1896 verstorbenen zweiten Bruders des Kaisers — der erste ist der unglückliche Kaiser Maximilian von Mexiko gewesen, der bekanntlich erschossen wurde — des Erzherzogs Karl Ludwig aus dessen zweiter Ehe mit der Prinzessin Annunziata von Bourbon-Sizilien am 18. Dezember 1863 in Graz geboren.

Der nächste am Thron. Der ermordete Erzherzog-Thronfolger Franz Ferdinand war morganatisch verheiratet, die Kinder aus seiner Ehe sind also nicht thronfolgeberechtigt. Der nächste Anwärter auf die Nachfolge des alten Kaisers ist nun der älteste Sohn des Bruders des Thronfolgers, des 1906 verstorbenen Erzherzogs Otto Franz Josef, Erzherzog Karl Franz Josef, geboren am 17. August 1887 in Persenbourg und jetzt Major im k. k. Infanterieregiment Nr. 39.

Letzte Meldungen. Wien, 28. Juni. Ueber den Sicherheitsdienst in Serajewo wird von privater Seite gemeldet: Seit acht Tagen wurden die Polizeimaßnahmen sehr streng gehandhabt. Am Freitag wurden 37 verdächtige Personen in Haft genommen. Unter dem Militärpalast wurden keine Ansammlungen geduldet. Ebenso war es streng verboten, die Fenster zu besetzen. Tausend Gendarmen waren in der Stadt zusammengezogen. Dem Erzherzog sollen vor Beginn der Mäandere zahlreiche Warnungen zugegangen sein, aber er soll erklärt haben, er sei entschlossen, vor den Drohungen nicht zurückzweichen. Er soll dagegen seine Gemahlin zu bestimmen gesucht haben, in Konspiz zu bleiben, wo auch die unglücklichen Kinder weilen. Erst auf wiederholte Bitten der Herzogin willigte er in ihre Beteiligung an der Reise ein.

Belgrad, 29. Juni. Die Nachricht von dem Anschlag in Serajewo rief überall große Bestürzung hervor. Die gehobene Stimmung, in der sich die Bevölkerung wegen der Feier der Schlacht auf dem Anselde befand, verwandelte sich überall in Entrüstung über das gräßliche Schicksal des Thronfolgers und seiner Gemahlin. Allgemein wendet sich die innigste Teilnahme dem Kaiser Franz Josef zu.

Bitterung wieder ein Konzert zu ermäßigten Eintrittspreisen (20 und 10 Pf.) statt. Die Ausführung des Konzertes ist dem 30 Mann starken Orchester des Musikvereins Harmonie hier übertragen. Das Orchester wird mit diesem Konzert zum ersten Mal im Stadtpark auftreten. Es besteht aus jungen Bürgern unserer Stadt, die feinerzeit ihre musikalische Ausbildung bei der städtischen Schülertafel genossen haben. Das Orchester hat schon an anderen Orten schöne Proben seines Könnens abgelegt und es darf erwartet werden, daß es auch mit dem Stadtpark-Konzert durchwegs befriedigen wird.

Sommertheater. Für die von der Firma Geschwister Knopf hier, Kaiserstraße, am heutigen Montag, den 29. Juni, veranstaltete Sondervorstellung „Friedrichslist“ findet ein Kassenerlöuf nicht statt.

bischen Studenten beschwert. Großserbische Tendenzen halten unter den Mittelschülern sicherlich unter dem Einfluß von serbischen Blättern rapid zugenommen und es soll der Plan bestanden haben, die Mittelschulen vorzeitig zu schließen. In der Straßen wurden österreichische und namentlich deutsche Beamte wiederholt von Serben provoziert. Bezeichnend ist der Umstand, daß das serbisch-irredentistische Blatt „Morob“ gestern und heute mit in der serbischen Tricolore geschmückten Nummern in großen Lettern Artikel über die Schlacht am Anselde brachte, welche reich an irredentistischen Illusionen sind. Die serbischen Vereinstheater und Cafés, in welchen vornehmlich Serben verkehren, wurden heute schärfstens bewacht und stürzte sich auf den Attentäter Princip und richtete ihn über zu. In der Stadt werden heftige Vorwürfe gegen die Polizei gerichtet, die es an den gebotenen Vorsichtsmaßnahmen habe fehlen lassen. Schon seit mehreren Wochen hatten sich die Mittelschulen bei der Landesregierung über provokatorische Haltung der serbischen Hausdurchsuchungen vorgenommen. Zahlreiche Individuen, welche aus der Stadt zu verschwinden suchten, wurden in Haft genommen.

Die Attentäter. Serajewo, 28. Juni. Der Attentäter Princip ist 19 Jahre alt. Bei seinem Verhör gab er an, er habe schon längere Zeit die Absicht gehabt, irgendeine höhere Persönlichkeit aus nationalistischen Motiven zu töten. Er habe eine Augenblick gezeugert, da sich auch die Herzogin in dem Wagen befand, dann aber rasch gefeuert. Er leugnet, Komplizen zu haben. Der 21jährige Typograph Cabrenovic zeigte beim Verhör ein zynisches Wesen. Auch er erklärte, keine Mitschuldigen zu haben. Nach dem Anschlag war er in den Fluch gebrungen, wurde jedoch von nachspringenden Wachleuten und Personen aus dem Publikum verhaftet.

Personalien der Ermordeten. Der ermordete Erzherzog Franz Ferdinand war als ältester Sohn des am 19. Mai 1896 verstorbenen zweiten Bruders des Kaisers — der erste ist der unglückliche Kaiser Maximilian von Mexiko gewesen, der bekanntlich erschossen wurde — des Erzherzogs Karl Ludwig aus dessen zweiter Ehe mit der Prinzessin Annunziata von Bourbon-Sizilien am 18. Dezember 1863 in Graz geboren.

Der nächste am Thron. Der ermordete Erzherzog-Thronfolger Franz Ferdinand war morganatisch verheiratet, die Kinder aus seiner Ehe sind also nicht thronfolgeberechtigt. Der nächste Anwärter auf die Nachfolge des alten Kaisers ist nun der älteste Sohn des Bruders des Thronfolgers, des 1906 verstorbenen Erzherzogs Otto Franz Josef, Erzherzog Karl Franz Josef, geboren am 17. August 1887 in Persenbourg und jetzt Major im k. k. Infanterieregiment Nr. 39.

Letzte Meldungen. Wien, 28. Juni. Ueber den Sicherheitsdienst in Serajewo wird von privater Seite gemeldet: Seit acht Tagen wurden die Polizeimaßnahmen sehr streng gehandhabt. Am Freitag wurden 37 verdächtige Personen in Haft genommen. Unter dem Militärpalast wurden keine Ansammlungen geduldet. Ebenso war es streng verboten, die Fenster zu besetzen. Tausend Gendarmen waren in der Stadt zusammengezogen. Dem Erzherzog sollen vor Beginn der Mäandere zahlreiche Warnungen zugegangen sein, aber er soll erklärt haben, er sei entschlossen, vor den Drohungen nicht zurückzweichen. Er soll dagegen seine Gemahlin zu bestimmen gesucht haben, in Konspiz zu bleiben, wo auch die unglücklichen Kinder weilen. Erst auf wiederholte Bitten der Herzogin willigte er in ihre Beteiligung an der Reise ein.

Belgrad, 29. Juni. Die Nachricht von dem Anschlag in Serajewo rief überall große Bestürzung hervor. Die gehobene Stimmung, in der sich die Bevölkerung wegen der Feier der Schlacht auf dem Anselde befand, verwandelte sich überall in Entrüstung über das gräßliche Schicksal des Thronfolgers und seiner Gemahlin. Allgemein wendet sich die innigste Teilnahme dem Kaiser Franz Josef zu.

### Neues vom Tage.

**Vom Schlachtfeld der Arbeit.**  
Diede, 27. Juni. Nach einer Depesche aus Mieres sind bei einer Explosion schlagender Wetter in der dortigen Mariana-Wine drei Arbeiter getötet und einer schwer verletzt worden.

### Zur Lage in Albanien.

Rom, 27. Juni. Wie heute früh 6 Uhr aus Durazzo gemeldet wird, rückten die Aufständischen in großen Massen heran. Der Angriff auf die Stadt wird jeden Augenblick erwartet.

Durazzo, 27. Juni. Die Rebellen ersuchten in einem Schreiben um die Einleitung neuer Friedensverhandlungen, die vorgestern wegen Fehlens der Vertreter einiger Ortschaften nicht begonnen werden konnten. Die Rebellen baten aber um die Entsendung eines Delegierten des Fürsten, sowie eines Vertreters Englands, da sie zu diesem Vertrauen hätten.

Durazzo, 28. Juni. Die Verhandlungen, die Oberst Philips gestern mit den Aufständischen führte, werden hier als ergebnislos betrachtet, da die Aufständischen auf ihren Forderungen beharren und einen mohammedanischen Fürsten verlangen. Der holländische Major Elms ist nach Balona versetzt worden. Nach hier eingetroffenen Nachrichten soll Ahmed Bey Wati Krupa befestigt haben und Brent Diboda Dreja eingenommen haben.

### Letzte Nachrichten.

**Wacker unterwirft sich.**  
Ermendungen, 29. Juni. Hier fand gestern die Jahresversammlung der badischen Windhorstbunde statt, bei der Geistl. Rat Wacker die Festrede hielt. Zum Schluss gab derselbe eine auf die Entscheidung der Indekongregation bezügliche Erklärung ab: Er habe bis jetzt noch keine Gelegenheit gehabt, sich zu der Frage zu äußern. Die Zentrumsparthei als solche werde von dem Urteil und den Entscheidungsgründen nicht berührt. Er sei für ihn eine selbstverständliche Pflicht des Gehorsams, daß er sich einer von dem Papst gebilligten Verfügung der Indekongregation unterwerfe. Unbeschadet dieser Unterwerfung werde seine politische Stellung und Tätigkeit nicht geändert.

**Die Landtagsersatzwahl in Fürth.**  
Nürnberg, 27. Juni. Zu der bevorstehenden Landtagsersatzwahl in Fürth erklärt die nationalliberale Parteileitung, daß das 1912 abgeschlossene Abkommen, wonach das Mandat den Sozialdemokraten zustehe, noch gültig sei.

**Prozess gegen den Simplizissimus.**  
München, 27. Juni. Das Landgericht München I hat die Eröffnung des Hauptverfahrens wegen Majestätsbeleidigung nicht nur gegen den verantwortlichen Redakteur Freisler vom Simplizissimus, sondern auch gegen den Illustrator Gullbranson und den Dichter Edgar Steiger beschlossen. Die Angeklagten hatten vergebens in ihren Eingaben darauf hingewiesen, daß sie in Stuttgart, dem Erscheinungsort des Blattes, angeklagt werden müßten. Die Verhandlung vor dem Schwurgericht kann erst nach den Gerichtsferien im Herbst stattfinden.

**Ende eines Mandatsstreites.**  
Dettmold, 27. Juni. Der Lippe-Detmoldische Landtag erklärte heute das seit beinahe eineinhalb Jahren untrüben, nach acht Wahlgängen errungene Mandat des fortschrittlichen Abgeordneten Stärke für gültig. Damit ist die Linksmehrheit im Landtage gesichert. (Berl. Tageb.)

**Neue abessinische Kämpfe?**  
Rom, 27. Juni. Der „Secolo“ meldet aus Massawa: Der Negus Lidich Zeassu zieht 150 000 Mann zusammen,

um sich zum Kaiser von Tigre krönen zu lassen. Vorher will er Italien angreifen und die erythraische Kolonie zurückerobern.

**Der Streik der Ackerbauer in Spanien.**  
Madrid, 27. Juni. Der Streik der Ackerbauer in der Provinz Andalusien nimmt ständig an Umfang zu. Die Streikenden belagern die Farmen und Speicher. Die Bauern aus einer Anzahl von Dörfern verlangen Truppen, um die Ordnung aufrecht zu erhalten. Man befürchtet allgemein den Ausbruch von Unruhen, wenn der Konflikt nicht binnen wenigen Tagen gelöst wird.

**Eine Union zwischen Serbien und Montenegro.**  
Agram, 26. Juni. Aus Belgrad wird von bestunterrichteter Seite gemeldet, daß die Frage einer Union zwischen Serbien und Montenegro endgültig gelöst sei. Serbien werde eine gemeinsame Armee, gemeinsame auswärtige Vertretungen und gemeinsame Finanzen und Zölle haben. Die Angelegenheit werde vorläufig offiziell noch geheimgehalten.

**Vertagung der Duma.**  
Petersburg, 27. Juni. Durch einen Erlaß des Kaisers ist die Reichsduma bis zum 28. Oktober vertagt worden.

**Die Verlegung der Kammerverhandlungen nach Versailles.**  
Paris, 27. Juni. Das Vorstandsbureau der Kammer befahte sich gestern mit der Frage der Vergrößerung des Parlamentsgebäudes. Es wurde die Frage erhoben, die Kammer nach Versailles zu verlegen und zwar in jene Abteilung des Königsschlosses, in der gewöhnlich die Präsidentschaftswahl vorgenommen wird, bis das Pariser Kammergebäude vergrößert worden ist.

**Mexiko.**  
New York, 28. Juni. General Villa ließ nach der Schlacht bei Zacatecas alle gefangenen Offiziere der Regierungarmee, darunter den General Ochoa, erschießen. Dasselbe Schicksal ereilte die Freiwilligentruppen samt ihren Offizieren.

**Vereinsanzeiger.**  
Scheffelsruhe. (Sängerkorps.) Mittwoch, 2. Juli, abends halb 9 Uhr, Sitzung in der „Wacht am Rhein“. Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung ist vollständiges und pünktliches Erscheinen notwendig.  
Durlach. (Soz. Verein.) Dienstag, 30. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im „Schwanen“ Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Bericht vom Parteitag und von der Wahlfreizeitkonferenz. Um zahlreiches Erscheinen bittet 1914 Der Vorstand.

**Restaurant**

# Moninger

Heute Montag

## Großes Garten-Konzert

ausgeführt von einer grösseren Abteilung der  
**Leib-Grenadier-Kapelle.** 1913

Anfang 8 Uhr. Eintritt 20 Pfg.

29. Juni bis 14. Juli

# Doppelte Marken oder 10% Rabatt

auf alle Artikel.

**Reste u. Restbestände jeder Art abnorm im Preise ermässigt!**

In Anbetracht meiner ohnedies billigen Preise für nur bestens erprobte  
gute Fabrikate eine  
**unübertreffbare vorteilhafte Kaufgelegenheit.**

## Joh. Hertenstein, Karlsruhe

Inh.: Fr. Kuch. Spezialität: **Aussteuer-Artikel.** Herrenstrasse 25.  
Herren- und Damenkleiderstoffe. Manufakturwaren. Wäsche. Trikotagen.

### Herren- und Knaben-Konfektion.

1914

# Zum Umzug

empfehlen wir in 1914

## besten Qualitäten:

<p><b>la. Kernseife</b> garant. vollständig geschliffen mit Pressung „Pfannkuch-Seife“ weiße, 1/4 Pfd. <b>33</b> Pfg. ohne Pressung mit 15% Einschnitt weiße, 2 Stück <b>29</b> Pfg. gelbe, 2 Stück <b>27</b> Pfg.</p> <p><b>Schmierseife</b> gelbe Glycerin, Pfd. <b>20</b> Pfg. weiße Salmiak, Pfd. <b>23</b> Pfg.</p> <p><b>la. Reis-Stärke</b> offen, Pfd. <b>32</b> Pfg.</p> <p><b>Crème-Stärke</b> Hoffmann 1/2 Pfd. Karton <b>20</b> Pfg.</p> <p><b>Waschkornstall</b> Palet <b>4</b> Pfg.</p> <p><b>Bleich-Soda</b> 1/2 Pfd. Palet <b>8</b> Pfg.</p> <p><b>Seifenpulver</b> 1/2 Pfd. Palet von <b>4</b> an.</p> <p>8108 <b>Fettlaugenmehl</b> Pfd. <b>10</b> Pfg.</p> <p><b>Borax</b> ganz oder gemahlen, 125 Gramm Palet <b>10</b> Pfg. offen Pfd. <b>30</b> Pfg.</p> <p><b>Seifensand</b> ersetzt Soda, Seife und Sand. Palet <b>10</b> Pfg.</p> <p><b>Wunder-Glanz-Stärke</b> Palet <b>24</b> Pfg. fit und fertig zum Gebrauch, kein Zusatz mehr nötig.</p>	<p><b>la. Fußbodenlack</b> schnell trocknend, in verschiedenen Farben (laut Musterkarten, die in den Filialen zu haben sind) 2 Pfd. <b>95</b> Pfg.</p> <p><b>la. Bodenwische</b> gelb oder weiß Nehmen Sie auf Qualität!! 1/2 Pfd. <b>40</b> Pfg. 1/2 Pfd. <b>70</b> Pfg. 2 Pfd. <b>1 35</b> M.</p> <p><b>Fußbodenöl</b> geruchlos, harzt nicht, staubt nicht Orig.-1/2 Literkanne <b>60</b> Pfg. (Kanne mit 10 Pfg. zuzügl.)</p> <p><b>Stahlspähne</b> fein, mittel oder grob 1/2 Pfd. Palet <b>35</b> Pfg. 1/2 Pfd. Palet <b>18</b> Pfg.</p> <p><b>Büztücher</b> gute von <b>16</b> an.</p> <p><b>Parketttücher</b> per Stück <b>50</b> Pfg.</p> <p><b>Abseifbürsten</b> Stück <b>20</b> Pfg.</p> <p><b>Schmirgelleinen</b> grob, fein oder mittel Stück <b>4</b> Pfg. <b>10</b> Stück <b>35</b> Pfg.</p> <p><b>Silbersand</b> Pfd. <b>3</b> Pfg.</p> <p><b>Panamarinde</b> Palet <b>8</b> Pfg.</p>
--	---

**Pfannkuch & Co**

G. m. b. H.  
in den bekanntesten Verkaufsstellen

# Sozialdemokr. Partei Karlsruhe.

Donnerstag, den 2. Juli ds. Js.

## 2 öffentliche Volksversammlungen

abends 8 Uhr im „Kolosseum“, Waldstraße 16  
abends 9 Uhr im „Röhlen Krug“, Bannwaldallee

Reichstags-  
Abgeordneter **Ph. Scheidemann** „Die politische Lage“  
Spricht über:

Jedermann hat Zutritt!

Freie Diskussion!

Der Eintritt ist für Parteimitglieder frei. Nichtmitglieder zahlen ein Eintrittsgeld von 20 Pfg. Karten sind in folgenden Verkaufsstellen zu haben:

Bei sämtlichen Gewerkschaften, in der Expedition des „Volksfreund“, im Parteisekretariat, Bannweiserstraße 50, bei den Vertrauensleuten der Partei, in den Zigarren-  
geschäften Jos. Brehm, Schützenstraße 37, Fr. Töpfer, Morgenstraße 45 und Ruppurrerstraße 10, im Fahrradhaus „Frisch auf“, Adlerstraße, in den Wirtschaften: Schaufelberger,  
Winterstraße, „Deutsche Eiche“, Augartenstraße, „Auerhahn“, Schützenstraße, „Schrummel“, Durlacherstraße, „Margraf Georg Friedrich“, Gerwigstraße, „Gambriushalle“, Erb-  
prinzenstraße, „Palme“, Lessingstraße, „Neuer Saalbau“, Bachstraße, „Aheinfanal“, Rheinstraße.

Genossen und Genossinnen! Sorgt für einen regen Absatz der Karten! Agitiert für einen Massenbesuch der Versammlungen!  
Erscheint selbst vollzählig in den Versammlungen.  
Der Einberufer: **Fr. Sigmund.**

### Krokodil Karlsruhe

Meinen werten Gästen zur gefl. Kenntnis, daß ich am 1. Juli mit dem Umbau eines Teiles meiner Wirtschaftsräume beginne. Während des Umbaues bleibt der Betrieb im Biersaal und in den darüber liegenden Räumen, welche als Neben- und Weinzimmer dienen werden, in vollem Umfange aufrecht erhalten.

Eingang zu sämtlichen Lokalen von der Blumenstraße.

**Jacob Möloth.**

### Pfannkuch & Co

Heute frisch  
eingetroffen:

#### Kirschen

Pfd. 17 Pfg.  
von an

Serner in einigen  
Filialen:

**Mezer**

#### Erdbeeren

Pfd. 32 Pfg.

#### Johannis- beeren

Pfd. 20 Pfg.

#### Stachel- beeren

Pfund 25 Pfg.

#### Tomaten

Pfd. 25 Pfg.

#### Schlangen- gurken

St. 23 u. 25 Pfg.

### Pfannkuch & Co

G. m. b. H.  
Vden bekanntsten  
Verkaufsstellen

Bett mit Federbett, komplett,  
25 u. 32 M., 2 schöne, pol., hoch-  
häufige Betten mit gut. Röhren  
und neuen Matratzen, Trumeau  
15 M., pol. Schrank 25 M.,  
Kommode 15 M., eis. Bettstelle  
mit Matratze sehr billig. 1951  
Ludwig Wilhelmstr. 18, Sof.

Mein  
diesjähriger

### Saison- Räumungs- Verkauf

1913

be-  
ginnt



### Mittwoch, 1. Juli

und endet **Samstag, 11. Juli 1914.**  
Während dieser Zeit ist Gelegenheit geboten

### Herren- u. Knaben-Kleider

zum Teil um die Hälfte des bisherigen  
Preises zu erhalten und sollte es niemand  
versäumen, mich vor Einkauf zu besuchen.  
Eine Anzahl **Lüsterjoppen, Knaben-  
Waschanzüge und Blusen** weit unter  
Selbstkostenpreis.

**Doppelte Rabattmarken.**

## L. Gretz

27 Marienstrasse 27

En gros **Schneider-Artikel** En détail  
**Beste und billigste Bezugsquelle**  
für sämtliche Schneider-Bedarfsartikel und Bügelntensilien  
**Damen-Jackettsfutter**  
empfehlen 704  
Karlsruhe **Peter Mees** Herrenstr. 42  
Verkauf auch nach auswärts.

**Standesbuchauszüge der Stadt Durlach.**  
Geburten vom 18. bis 24. Juni: Wilhelm Friedrich, Vater  
Wulfab Göhringer, Schreiner. — Walter, W. Karl Gimmel, Fa-  
bricarbeiter. — Erwin, W. Karl Weigel, Stadlarbeiter. — Joh.  
Julius, W. Johann August Heinrich Meier, Schlosser. — Marie  
Luise, W. Max Weinger, Fabrikarbeiter. — Lina Luise, W. Hein-  
rich Karl Meiser, Landwirt. — Emil, W. Karl Friedrich Pfalz-  
graf, Fabrikarbeiter.

### Gardinen Teppiche Betten

zu Extra-Preisen. 1952

## W. Boländer

KAISERSTRASSE 121.

**Sommertheater.**  
Montag den 29. Juni 1914  
Familienvorstellung  
zu kleinen Preisen.  
**Die Förster-Christel**  
Der Kartenverkauf zu dieser  
Auführung zu Mk. 1.25, 0.95,  
0.40 findet nur bei Geschw.  
Knopf, Kaiserstraße statt.



**Zum Umzug**  
empfehle  
Kohlenherde  
Gasherde  
Lampen 1940  
sowie sämtliche  
Bügelartikel  
Büstenwaren  
Wäscheleinen  
zu billigen Preisen.  
Küchenmagazin  
**N. Hebeisen**  
Werdersplaz 36, Tel. 1685  
Klanpertschstr. 2, Tel. 2740  
Prompter Versand.  
Rabattsparrvereinsmarken.

**Lieg- u. Sitzwagen**  
Kauf-  
billig abzugeben. Luitensstr. 43, v.

**Schön. 1 tür. Eisschrank**  
25 M., Waschkommode mit  
Goldplatte 15 M., versch. kompl.  
Betten 26 M., Waschkommode  
mit Marmor 28 u. 36 M., poliert.  
Chiffonniere 26—30 u. 38 M.,  
Divan, Sofa, Chaiselongue,  
neu u. geb., Kinderbett 14 M.,  
Schreibtisch 22 M., Nachttische  
3 u. 4 M., Linoleum, Küchen-  
u. Zimmertische, Stühle 1.80 M.,  
Bücherregale, 2 Paar neue  
Serrventikel Nr. 42 und 45.

**Strickmaschine zu verkaufen.**  
Anzusehen abends nach 6 Uhr.  
**F. H. Wenders, Durlach,**  
Wilhelmstraße 1, 2. Stod.

**Kinderwagen** (Vrennabor)  
gut erhalten,  
billig zu verkaufen. 1945  
Luitensstr. 41, 5. Stod.



# Japan. Karlstr. 114

Grosser Verkauf in

Original

## Japan. Textil-Waren.

Zur Illustration über Herstellung japanischer Waren hat die Firma

**10 japan. Kunsthandwerker**

von heute ab verpflichtet, die in der 2. Etage ihre berühmte Kunstfertigkeit zeigen.

# 1800

### Meter Japan=Crêpe

weiss, farbig und gemustert

Diese echten Japan-Crêpe sind den deutschen Fabrikaten überlegen, und ausserordentlich strapazierbar, es werden daher dieselben nicht nur für allerlei Waschkleidung, sondern mit Vorliebe für Leibwäsche aller Art verwendet

Posten I **75** jeder Meter  
 Posten II **95** jeder Meter  
 Posten III **1<sup>35</sup>** jeder Meter  
 Posten IV **1<sup>65</sup>** jeder Meter

Japanische Kimonos, seidene Taschentücher, Kunst-Stickerei-Tücher usw. werden gleichzeitig sehr preiswert verkauft.

Mode- und Aussteuerhaus

1936

# LANDAUER

**Pfannkuch & Co**

**Fliegenfänger**

Marke „Schwapp“  
per Stück **5** Pfg.

Marke „Patsch“  
3 Stück **10** Pfg.

**Pfannkuch & Co**  
G. m. b. H.  
in den bekanntesten Verkaufsstellen.

**Wirtschaftseröffnung u. Empfehlung.**

Einem verehrlichen Publikum, sowie meinen werten Freunden und Bekannten mache ich hiermit die höfliche Mitteilung, dass ich die

**Wirtschaft zum Gold. Becher**

Gasse Schillerstrasse und Kaiser-Allee übernommen habe.

Es wird mein eifrigstes Bestreben sein, meine werten Gäste durch Verabreichung eines vorzüglichsten Bratens, Bier, hell und dunkel, sowie reine Weine und gute Küche jederzeit zufrieden zu stellen.

Mittagstisch von 60 Pfg. an.

Hochachtungsvoll

**Wilhelm Hornung**  
früher Löwen, Beierheim.  
1938

**Möbel**

wie

- Schlafzimmer
- Wohnzimmer
- Speisezimmer
- Herrenzimmer
- Bettstellen, Chiffonniers
- Waschkommoden
- Vertikos, Diwans usw.

gut und billig

**auf Teilzahlung** oder gegen bar.

Kleinste An- u. Abzahlung

**J. Kffmann Nachf.**  
Karlsruhe i. B.  
Karl Friedrichstr. 24.  
Versand auch nach auswärtigen Absender.  
Lieferung erfolgt mit anonymer Unterschrift.

**Halt! Achtung!**

**Partie-Schuhwaren**

von erstklassiger Firma in Vercelli, Chevreux und Lac, in allen Farben, besonders Herrenstiefel Nr. 40 und Nr. 41. Sonstiger Preis bis 16.50 jetzt nur **8.50** Damen-**7.50** Schuhe

Weit unter Fabrikspreis, nur Rahmenstiefel.

**A. Mayer, Schuh-Reparatur**  
Waldbornstrasse 31 und 36. 1927

Prima 1185

**Dörrfleisch**

soweit Vorrat

das Pfund **0.90**  
in ganzen Stücken

das Pfund **0.80**  
in allen Filialen erhältlich

**Gebr. Henkel, Hoflief.**

Mein

**Kolonialwaren-Geschäft**

befindet sich jetzt 1937

**Hardtstraße 27**

neben Gasthaus „zum Ritter“.

**August Senlaub.**

**Verkaufe** fortwährend gut erhalt. Herren- und Frauenkleider, gut gemachte Schuhe, Stiefel in eigener Schuhmacherverkft. 3970

**Frau Streckfuß** Duracherstrasse 79.

Serie I **25** Mark Einheitspreis **VIATOR**

Deutsche Industrie, solide, tragfähige Qualität  
per Anzug 3,25 Meter, Netto Casse.

**Wilh. Wolf jr., Kaiserstrasse 82a.**  
Engros-Tuchabteilung. Eing. Lammstr.

Serie II **20** Mark Einheitspreis **VIATOR**

Montag und Dienstag

**Rester-Tage**

mit **20% Rabatt!**

Rester in Kleider- und Kostümfabrik, Herrenanzugstoffen, Waschkleiderstoffen, Bettkattunen, Damasten, Kleiderzeugen, Gardinen etc.

Ausserdem liegen in verschiedenen Abteilungen eine grosse Anzahl Coupons mit gleicher Preisermässigung zum Verkauf auf.

**Waschstoff-Coupons:** imitiert Mousseline, Crêpe, Zefir, Woll-Mousseline, Foulardine  
2 1/2 Mtr. **55** 95 **1.60** 2.15

**W. Boländer**  
Kaiserstrasse 121.

No.

Zur

Don e

Welt wird

kommen

unwillfür

handlung

terturner

dischen U

gemachter

jundene

vereine je

Was jense

zur sozial

auch für

auch uns

demokrat

hauptung

den das

Weise den

treffender

Auf e

Bedeutun

erklärte

den Arbe

diese flei

jünger ge

tam ja d

frieg nich

von den

Landberei

ihnen der

der orisa

wird es

„Erfolge“

zu erziele

drahtsch

werden u

terwis ho

heit gefie

jenen Fel

wissen, d

Im P

alle Ca

Frage an

Städten

selnen be

der badis

und g r

Ratgeber

sein, die

und einzi

und das

Sängerfa

Arbeiterf

Antwort

Im e

Sangesb

wenn wir

Korbslag

wir bald

Wollen le

Die er

von dem

nur auf

ganz ober

geh ä l t

schloffen

die statll

Ausgaben

u. bei

ren Mitt

Kraft als

gefanglid

fassung e

geben nö

Wefi, W

könnte sic

und uns

men. In

dem Geje

rer z. B.

Die Vert

auf ein A

ohnehin

zunehmen

g e m i f

jüngsten

dann erf

lerischem

der Quel

Aus d

vielen W

quetfchen

sumftgen

die sich E

Hein ern

terbeweg

hätte, da

dienstbar

berufener

Schon

Rechtigt

uns, das

ja für di

kommen

wissen u

Sangesb

schlag un

zu han

hinans t